

Zeitschrift: Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse
Herausgeber: Radgenossenschaft der Landstrasse ; Verein Scharotl
Band: 24 (1999)
Heft: 1

Rubrik: Jahresbericht

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jahresbericht der Radgenossenschaft 1998

Robert Huber, Präsident, zieht Bilanz.

1. Stand- und Durchgangsplätze

In den Kantonen Baselland, Baselstadt, Neuenburg, Obwalden, Thurgau, Uri und Waadt war es auch im Jahr 1998 sehr schwierig, die Anliegen der Radgenossenschaft, nämlich Legalitäten zu schaffen, durchzusetzen. Wir werden im nächsten Jahr mit vermehrtem Druck nochmals an diese Kantone gelangen und hoffen auf die Unterstützung der Stiftung "Zukunft für Schweizer Fahrende". In den Kantonen Schwyz und St. Gallen bemüht sich die Radgenossenschaft seit Jahren, Plätze zu schaffen, bisher ohne jeglichen Erfolg. Diesen Kantonen muss mit Nachdruck klar gemacht werden, dass die Schaffung von Lebensraum für Fahrende alle Kantone etwas angeht!

Nidwalden hat erste Gesprächsbereitschaft signalisiert; wir werden die Gespräche gerne

aufnehmen. Mit den Kantonen Genf und Freiburg sind wir ebenfalls in Kontakt. Auch der Kanton Aargau hat sich definitiv bereit erklärt, einen Stand- und Durchgangsplatz in Wettingen zu realisieren. Wir geben hier der Hoffnung Ausdruck, dass es nicht bei blossen Versprechungen und Lippenbekenntnissen bleibt.

In der Stadt Bern konnte der neue Standplatz Buech bezogen werden. Hier möchten wir allen Beteiligten, die sich tatkräftig für die Realisation dieses Platzes eingesetzt haben, unseren besten Dank aussprechen.

Die Radgenossenschaft betrachtet den Platz Buech als Schritt in die Neuzeit für dasjenige Volk. Sesshafte wie Fahrende haben das Projekt gleichermassen mitgetragen. Allen passiven Kantonen empfehlen wir das Beispiel Buech wärmstens zur Nachahmung.



Jahresbericht

Ein spezieller Dank gebührt dem Gemeindevorstand, Herrn Luzi, und der Bevölkerung der Gemeinde Cazis im Kanton Graubünden. Dank der konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Herrn Regierungsrat Aliesch, dem Sekretär des Sanitätsdepartementes Herrn Candinas und Herrn lic.iur. Risch konnte der Platz Cazis bereits bezogen werden. Der Kanton Graubünden stellt nun bereits zwei Stand- und mehrere Durchgangsplätze. Dies sollte wegweisend für jene Kantone sein, die sich mit der Schaffung eines einzigen Platzes schwer tun.

Auch in Martigny (VS) wurde dieses Jahr ein grosser Platz neu bezogen. Vielen Dank für das Engagement aller Beteiligten!

Mit dem Kanton Jura haben verschiedene Gespräche stattgefunden. Es wurde die Zusage gemacht, in Soyhières für Jenische und für ausländische Fahrende Platz zu schaffen. Wir setzen grosse Hoffnungen in die Fortsetzung dieser Gespräche.

Der Platz Ibach im Kanton Luzern ist im Sommer als Durchgangs- und im Winter als Standplatz zugelassen. Es fehlen nach wie vor Angebote der Luzerner Gemeinden für Durchgangsplätze, aber auch Standplätze

gibt es zu wenig. Wir werden den Kanton konkret in die Verantwortung nehmen.

2. Patente

Nach wie vor werden die Auflagen und Patentgebühren in allen Kantonen unterschiedlich gehandhabt. Mit diesem unhaltbaren Zustand wird sich die Stiftung "Zukunft für Schweizer Fahrende", mit Unterstützung der Radgenossenschaft, im kommenden Jahr intensiv befassen müssen. Eine Lösung des Problems kann nur auf politischer Ebene erfolgen.

3. Schule

Die Radgenossenschaft hat auch 1998 des öfteren mit den Schulbehörden der einzelnen Kantone verhandelt und versucht, individuelle Lösungen zur allseitigen Zufriedenheit zu finden. Mit wenigen Ausnahmen zeigen sich die Kantone unseren Anliegen gegenüber tolerant und aufgeschlossen. Oft zeigt es sich, dass ein klärendes Gespräch zwischen Eltern, SchülerInnen und Schulbehörden ausreicht, um eine für alle Seiten akzeptable Lösung zu finden. Diese Vermittlerrolle wird die Radgenossenschaft auch weiterhin übernehmen.



4. Rechts- und Sozialhilfe

Die Situation von Jenischen, die am Rande der Existenz zu kämpfen haben, hat im vergangenen Jahr ein prekäres Ausmass angenommen. Die Hilfsgesuche sind 1998 markant angestiegen, was vermehrte Anfragen an Hilfswerke und karitative Institutionen zur Folge hatte. Längst nicht in jedem Fall konnte rasch und unbürokratisch geholfen werden. Oft waren langwierige juristische Abklärungen nötig. Die Radgenossenschaft trägt sich daher mit dem Gedanken, künftig von Fall zu Fall juristischen Beistand in Anspruch zu nehmen.

5. Ausländische Fahrende

Die Problematik mit den ausländischen Fahrenden in der Schweiz hat sich auch 1998 zugespitzt. Dies geht nicht zuletzt aus einer Umfrage hervor, die die Radgenossenschaft bei den entsprechenden Gemeinden durchgeführt hat. Wie schon lange von der Radgenossenschaft gefordert, müssen nun endlich Bund und Kantone in die Pflicht genommen werden. Ohne die Schaffung von Aufnahmepätzen für ausländische Fahrende wird es keine Entschärfung des Problems geben. Für die jenische Minderheit geht es dabei

um ihre Existenz, da die ausländischen Fahrenden oft ohne Bewilligung und somit kostengünstiger die selben Gewerbe betreiben.

6. Fonds zugunsten bedürftiger Opfer von Holocaust/Shoa

Bereits seit Mitte Jahr zahlt der Holocaust-Fonds keine Beiträge mehr an Jenische, Roma und Sinti. Der Fonds für nichtjüdische Holocaust-Opfer ist praktisch aufgebraucht. Der Grund dafür liegt darin, dass zu Anfang nicht abzusehen war, wieviele Gesuche eingehen würden. Mit einer regelrechten Gesuchslawine, die zu bearbeiten war und noch immer ist, hatte niemand gerechnet. Dies veranlasste Fondspräsident Rolf Bloch zu unorthodoxen Massnahmen. Der Kreis der Antragsberechtigten soll eingeschränkt und die einzelnen Beiträge sollen reduziert werden. Die Radgenossenschaft will diesen Schritt nicht akzeptieren. Es geht nicht an, dass Leidtragende der Nazi Herrschaft, die gestern noch als Opfer anerkannt waren, heute aus Gründen der Geldknappheit nicht mehr als Opfer gelten sollen. Der Fonds muss zusätzliche Mittel beschaffen, damit alle Antragsteller gleich behandelt werden können. Auch wenn Rolf Bloch diese Forderung als "illusorisch" abtut, sieht die Radge-



Jahresbericht

nossenschaft keine andere Möglichkeit, um alle Opfer fair zu behandeln und sie in ihrem Leid ernst zu nehmen.

7. Wissenschaftliche Studie

Die Studie von Prof. Roger Sablonier zeigt eindrücklich auf, dass die jenische Minderheit systematisch zwangssesshaft gemacht, interniert, kriminalisiert und psychiatrisiert wurde mit dem Ziel, sie zu vernichten. Dies über Jahrzehnte und mitgetragen von Bund, Kantonen und verschiedensten Institutionen. Wie Prof. Sablonier ausdrücklich festhält, kann die vorliegende Studie nur als **Vorstudie** betrachtet werden; zu viele Punkte liegen noch immer im dunkeln. Die Radgenossenschaft und mit ihr die jenische Bevölkerung fordern daher klar eine umfangreiche Studie, die dieses unrühmliche Stück Schweizer Geschichte schonungslos aufdeckt und dem jenischen Volk restlosen Einblick in seine traurige Vergangenheit gewährt.

8. Scharotl

Die Zeitschrift Scharotl war auch im vergangenen Jahr bei unserer Leserschaft sehr beliebt. Durch die LeserInnenreaktionen stel-

len wir immer wieder fest, dass unsere Publikation, die sich spezifisch mit der Kultur, den grossen und kleinen Problemen und Wünschen des jenischen Volkes befasst, eine echte Marktlücke darstellt. Ab der Nummer 3/98 übernahm unsere neue Mitarbeiterin Frau Brunner die Redaktion und führte einige gestalterische Erneuerungen ein, was bei der Leserschaft durchwegs auf positives Echo stiess.

9. Stiftung "Zukunft für Schweizer Fahrende"

Die Erwartungen, die die Radgenossenschaft in die Stiftung "Zukunft für Schweizer Fahrende" gesetzt hat, wurden bis anhin nicht erfüllt. Eine engere, intensivere und konstruktivere Zusammenarbeit ist dringend notwendig. Die Stiftung wurde zum Zweck gegründet, die Radgenossenschaft als Dachorganisation in politischer Hinsicht zu unterstützen. Wir kommen nicht umhin, uns die Frage zu stellen, wer gegenwärtig eigentlich wen unterstützt. Die unklare Situation verunsichert und ist einer guten Zusammenarbeit kaum dienlich. Nach wie vor ist es hier unser Bestreben, eine optimale Kooperation zwischen Stiftung und Radgenossenschaft zu erwirken.



10. Sekretariat

Das Sekretariat hat auch 1998 für einen reibungslosen Ablauf aller administrativen Belange gesorgt. Nebst Telefondienst, allen anfallenden Aufgaben, die zum Alltag der Radgenossenschaft gehören, nebst Protokollführung, redaktioneller und konzeptioneller Arbeit für den Scharotl hatte das Sekretariat eine Flut von Gesuchen für den Spezialfonds zugunsten bedürftiger Opfer von Holocaust/Shoa zu bearbeiten. Hier ist festzuhalten, dass jedes Gesuch, ob es zu einer Auszahlung führt oder nicht, der gleichen seriösen Prüfung unterzogen werden muss.

Im Herbst verliess Frau Katja Schäfer die Radgenossenschaft. Frau Jacqueline Brunner hat ihre Nachfolge angetreten. In kurzer Zeit hat sie sich sehr gut eingearbeitet.

11. Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit nimmt einen wichtigen und zeitaufwendigen Teil unserer Arbeit ein. Anfragen von JournalistInnen, Fernsehen, AutorInnen, Schulen, StudentInnen und weiteren interessierten Kreisen werden nach Möglichkeit eingehend behandelt. Diese Politik der offenen Information

hat in Einzelfällen dazu beigetragen, Plätze zu schaffen. Hingegen wären wir für unsere Öffentlichkeitsarbeit auf mehr Informationen seitens der Kommission gegen Rassismus angewiesen; hier wünschten wir uns von May Bittel (Zigeuner-Mission) als unserem Vertreter in der Rassismuskommission lückenlose Berichterstattung. Auch vom Zigeuner-Kulturzentrum erhalten wir leider wenig Rückmeldungen.

12. Zusammenfassung

Abschliessend lässt sich sagen, dass das Leben im vergangenen Jahr für die jüdische Bevölkerung nicht einfacher geworden ist. In Zeiten von allgemeiner existentieller Verunsicherung sind die Minderheiten in unserem Land die ersten, die diese Auswirkungen zu spüren bekommen. Diese lebenserschwerenden Hindernisse aus dem Weg zu räumen, dazu sind wir da. Sei es, einer Familie in Not Hand zu bieten, sei es, für menschenwürdigen Lebensraum für die Fahrenden zu kämpfen, oder sei es, bedürftigen Opfern des Holocaust zu einer Genugtuung zu verhelfen – ob Einzelfall oder Problematik mit politischen Dimensionen: Die vielen kleinen Erfolge spornen uns an, auch im kommenden Jahr in gleicher Weise weiterzumachen.

